

Region

Zwei junge Basler sind Meister im Debattieren

Rhetorik-Wettbewerb Eileen Fischer und Jonas Lüthy haben sich im nationalen Finale des Wettbewerbs «Jugend debattiert» gegen ihre Konkurrenten durchgesetzt. Im Gespräch verraten sie, wie man rhetorisch punkten kann.

Julia Schwamborn

Sich freiwillig Argumente um die Ohren zu hauen und damit den Gegner zu entwarfen – das ist nicht unbedingt das klassische Hobby, das Jugendliche neben der Schule verfolgen. Für Eileen Fischer und Jonas Lüthy aus Basel aber schon. Die beiden sind leidenschaftliche Debattierer.

Während Jonas am Gymnasium Kirschgarten ein Jus-Studium anpeilt, arbeitet Eileen bei der Syngenta als KV-Lernende und strebt die Berufsmatur an. Was beide verbindet, ist die Leidenschaft für das Diskutieren – und die Politik. Eileen kämpft an der Seite der Basler GLP für die Umwelt, Jonas engagiert sich im Vorstand der Schweizer Jungfreisinnigen.

Das Diskutieren will gelernt sein

Das Prinzip ist im Gegensatz zur Umsetzung relativ simpel: In der Debatte gilt es, die zugestellte Position – Pro oder Kontra – zu vertreten. «Man erhält zuerst das Thema, dann erst die Position. So geht man objektiv an ein Thema heran», erklärt Jonas. Durchs Debattieren habe er herausgefunden, wie er politisch gestrickt sei. Das habe ihn veranlasst, sich in der Schweizer Politik zu engagieren. Eileen stimmt Jonas zu. «Mein Ziel ist es, Politikerin zu werden. Ich möchte einmal im Nationalrat sitzen.»

Dass die beiden ambitioniert sind, fällt sofort auf. Doch in ihren Antworten schwingt auch eine gewisse Bescheidenheit mit. Braucht es fürs Debattieren denn Talent? «Talent», erklärt Eileen, «ist das falsche Wort. Mit «Machen» kann man manchmal mehr erreichen als mit dem Lernen.» Natürlich müsse man ein



«Eine gewisse Leidenschaft ist nötig, um gut zu sein»: Jonas Lüthy (18) und Eileen Fischer (22), die beiden Gewinner des Wettbewerbs «Jugend debattiert». Foto: Lucia Hunziker

Gespür für das Gegenüber haben, «aber Talent ist eher negativ konnotiert. Ich glaube, eine gewisse Leidenschaft ist nötig, um gut zu sein.»

Der Wettkampf «Jugend debattiert» ist ein Programm der Non-Profit-Organisation YES – Young Enterprise Switzerland. Ziel des Wettbewerbs ist es, Jugendlichen

der Sekundarstufe I und II die Möglichkeit zu bieten, sich mit gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Themen auseinanderzusetzen und sich in

der Kunst des Debattierens zu üben. Das Programm wird von Basler Schulen rege in Anspruch genommen und in den Unterricht eingebettet. Auch Eileen und Jonas sind durch die Schule auf den Wettbewerb aufmerksam geworden. Im Finale Mitte Mai wurde darüber diskutiert, ob man für die Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz eine Landessprache beherrschen müsse – Jonas musste dagegen argumentieren, Eileen dafür.

Alles im Leben ist eine Debatte

Dass sich die KV-Lernende Eileen gegen diverse Gymnasiasten durchgesetzt hat, erfüllt ihren Lehrer Hannes Tschäppeler mit Stolz: «Eileen hat den zweiten Platz erreicht und damit viele Gymnasiastinnen überflügelt», schreibt er. Eileen selbst sieht das gelassen und freut sich einfach für ihre Schule. Auch Jonas, der auf dem ersten Platz gelandet ist, bemerkt nüchtern: «Mich persönlich erstaunt es nicht, dass jemand vom KV so weit kommt. Beim Debattieren muss man sich vertrauen, mal eine Gegenposition zu beziehen und sich durchzusetzen. In eine solche Situation kommt man im Lehrbetrieb wahrscheinlich schneller als am eher theoretisch orientierten Gymnasium.»

Dass das Debattieren für Eileen und Jonas mehr ist als ein blosses Hobby, ist offensichtlich. Alles im Leben sei schliesslich eine Debatte, sagt Jonas: selbst eine Lohnverhandlung sei eine. «Wenn man debattieren kann, hilft einem das im Leben.» Das sei nicht verwunderlich, bemerkt Eileen. «Man debattiert ja auch tagtäglich.» Wenn man sich in der Rhetorik wie ein Fisch im Wasser fühlt, muss das Leben wohl einfacher sein.

Nachrichten

Kind in Tram sexuell belästigt

Basel Am Mittwoch um 17.15 Uhr hat ein Unbekannter in einem Basler Tram der Linie 8 ein Kind sexuell belästigt. Mutter und Kleinkind befanden sich im vorderen Teil des Trams, das in Richtung Neuweilerstrasse fuhr. Bei der Feldbergstrasse stieg ein Mann zu, stellte sich direkt neben das Kleinkind und berührte es. Die Mutter forderte den Mann auf, sich von ihrem Kind zu entfernen. Dieser starrte das Mädchen an, öffnete seinen Hosengurt und schien sich zu befriedigen. Die Mutter schrie den Mann an, stieg bei der Haltestelle Kaserne mit ihrem Kind aus und alarmierte die Polizei. Diese fahndet nun nach dem 60-65 Jahre alten Mann mit grau-weißen Haaren, der ein beiges Gilet, ein blau-weiss kariertes Hemd sowie Jeans trug. (red)

Baselland lanciert Karte mit Hitze-Hotspots

Liestal Der Kanton Baselland will Gemeinden bei der klimagerechten Siedlungsentwicklung unterstützen. Dafür hat die Verwaltung die derzeitige und die für das Jahr 2035 prognostizierte Klimasituation des Kantons modelliert. So entstandene Klimaanalyse- und Planungshinweiskarten sollen die Gemeinden darüber informieren, wo sich die Hitze-Hotspots befinden und welche Grün- und Freiräume besonders wichtig für die Durchlüftung der Siedlungsräume sind. (sda)

Glückwünsche

Basel Drei Ehepaare begehen heute ihr Hochzeitsjubiläum. **Elmire und Jörn Prestin-Barrat** feiern ihren 50. Hochzeitstag. **Margrit und Max Jermann-Halbeisen** feiern ihren 60. Hochzeitstag sowie **Flor de Maria und Rudolf Rügsegger-Buchuk** feiern ihren 65. Hochzeitstag. Die Basler Zeitung gratuliert allen Jubilaren ganz herzlich und wünscht ihnen alles Gute für die weitere Zukunft. (red)

gratulationen@baz.ch

Thüring direkt

Das links-ideologisierte Lohndiktat ist abzulehnen

Warum es gerade in der Corona-Krise nicht nur fahrlässig, sondern gemeingefährlich ist, einen staatlichen Mindestlohn einzufordern.

Was ist in der grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten wichtig? Ein sicherer Arbeitsplatz und wirtschaftliche Stabilität oder ein links-ideologischer Angriff auf unsere bewährte Sozialpartnerschaft? Wenn am 13. Juni der staatliche Mindestlohn in Basel-Stadt – was ich nicht hoffe – eine Mehrheit finden sollte, knallen in den Nachbarkantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn die Sektkorken. Die Unternehmen in diesen Nachbarkantonen hätten bei Annahme des staatlichen Mindestlohns einen enormen Wettbewerbsvorteil. Sie könnten zu ihren bisherigen branchenspezifischen Mindestlöhnen Aufträge in Basel-Stadt erledigen, während die Basler Konkurrenz hohe staatliche Mindestlöhne zahlen müsste.

Auch in Südbaden und im Elsass würde man sich gehörig

ins Fäustchen lachen. Eine Preissteigerung für Konsumentinnen und Konsumenten würde den Einkaufs- und Gastrotourismus zusätzlich anheizen. Der Coiffeurbesuch ennet der Grenze würde zur Regel werden, ist in Deutschland doch der staatliche Mindestlohn bei 9.50 Euro angesetzt und liegt damit weit unter dem, was bei uns Angestellte verdienen. Die Folge wäre eine weitere Abwanderung oder gar die Insolvenz von Dutzenden von Gewerbebetrieben.

Richtig übel wird es dann für Basler Stellensuchende, Arbeitslose, Wiedereinsteigerinnen oder schlecht Qualifizierte. Sie werden es noch viel schwieriger haben, einen Job zu finden und sich von der Sozialhilfeabhängigkeit lösen zu können. Wo fast keine Stellen mehr angeboten werden

können, werden gerade diese Menschen endgültig an den sozialen Rand verdrängt, was unter allen Umständen verhindert werden muss.

Vorsätzlich Arbeitsplätze zu vernichten, kann auch für linke Parteien nicht das Ziel sein.

Gleichzeitig hätte ein staatlicher Mindestlohn eine enorme Sogwirkung. Wenn wir in unserem Kanton ein solches Lohndiktat einführen, wirkt sich das auf das Ausland wie ein Magnet aus. Noch mehr Menschen aus dem Ausland werden sich für einfachere Jobs

in Basel bewerben; die Chancen von Basler Arbeitslosen würden sich weiter minimieren. Dabei stehen sie schon heute unter enormem Druck ausländischer Stellensuchender, die sich in der Schweiz gerne niederlassen würden, was ihnen grundsätzlich auch nicht zu verübeln ist.

Selbstverständlich gibt es aus meiner zutiefst ordnungspolitisch liberalen Sicht für einen staatlichen Mindestlohn überhaupt nie den richtigen Zeitpunkt. Ein solches System passt nicht in das Modell der gelebten Sozialpartnerschaft zwischen Branchenverbänden und Gewerkschaften. Diese haben schon in der Vergangenheit branchenspezifische Mindestlöhne vereinbart. Sie haben damit gezeigt, dass ein Miteinander für die wirtschaftliche Prosperität weitaus sinnvoller ist, als wenn die

Beziehung von einem Gegeneinander geprägt ist.

Nun aber ausgerechnet noch in der Corona-Krise, bei notabene stark steigender Arbeitslosigkeit, einen staatlichen Mindestlohn einzufordern, ist nicht nur fahrlässig, sondern geradezu gemeingefährlich. Vorsätzlich Arbeitsplätze zu vernichten, kann auch für linke Parteien eigentlich nicht das Ziel sein. Die Frage ist dabei auch nicht, ob die Gewerkschaften und linke Parteien einen Mindestlohn für vertretbar erachten, sondern ob die Wirtschaft diesen Mindestlohn stemmen kann. Dies zu beurteilen, sollte Sache von Wirtschaftsvertretern und Gewerbetreibenden sein – und nicht von gut bezahlten wissenschaftlichen Teilzeitarbeiterinnen einer Gewerkschaft. Oder von SP-Politikern, die seit Jahr und Tag

in einer vom Staat alimentierten Institution arbeiten und selbst noch nie einen Bleistift verkauft haben.

All jene, die heute nicht auf die mahnenden Worte von Wirtinnen, Coiffeur-Ladenbesitzerinnen oder Schreinermeisterinnen hören, werden auch morgen keine Arbeitsplätze schaffen. Es ist deshalb ein Hohn, dass uns diese «Experten» weismachen wollen, sie wüssten besser, wie die Wirtschaft funktioniert. Wer Vertrauen in die Sozialpartnerschaft und ein Herz für das Gewerbe hat, muss dieses links-ideologisierte Mindestlohn-Diktat ablehnen.



Joël Thüring
Grossrat
SVP Basel-Stadt